

# ZUKÜNFTIGE ANFORDERUNGEN AN DIE DEUTSCHE LANDWIRTSCHAFT

## Inhalt

Agrarpolitik:  
Die Grenzen des „grünen Wachstums“ ..... 1

Kann Freihandel die Folgen  
des Klimawandels abfedern? ..... 2

Deutschlands Landwirtschaft:  
kurzfristige Krisenbewältigung  
oder langfristige Strategie? ..... 4

Industrielle Landwirtschaft:  
„Tretmühle“ ohne Ausweg? ..... 6

CETA: Zerstörung bäuerlicher Märkte? ..... 7



Die Abholzung von Regenwäldern hat durch die Herstellung von Biosprit weiter zugenommen. Foto: vcoe

## Agrarpolitik: Die Grenzen des „grünen Wachstums“

Politik und Industrie beschwören die agrarpolitische Wende: „Grünes Wachstum“ soll nicht nur Wohlstand schaffen, sondern auch die Umwelt schützen. Doch Experten zweifeln an der Wirksamkeit des Konzepts – und kritisieren die Schönfärberei der Industrie.

Man kann nur spekulieren, was die 330 Teilnehmer des EU-Agrargipfels Anfang September mit dem Schlüsselsatz meinten, den sie in ihre Abschlusserklärung zimmerten: Sie seien „überzeugt, dass Wirtschaftswachstum und Nachhaltigkeit sich nicht gegenseitig ausschließen“, schrieben sie prominent in die Präambel der Deklaration, die die Weichen der künftigen EU-Agrarpolitik legen soll.

Der Satz, mag er noch so sehr Entschlossenheit signalisieren, markiert eines der Schlüsselprobleme der europäischen Landwirtschaft, seitdem die EU-Kommission sich der ökologischen Frage nicht nur in Sonntagsreden widmet. Es lautet: Wie geht nachhaltiges Wirtschaften? Zwei Tage lange brüteten unter der Schirmherrschaft des

Agrarkommissars Phil Hogan Politiker und Industrielle im irischen Cork unter anderem über diese Frage.

330 Teilnehmer, 330 mögliche Interpretationen – für eine Absichtserklärung nichts Ungewöhnliches. Doch wie genau Wachstum und Umweltschutz versöhnt werden können, und welchen Preis das hat – und für wen –, lässt das Konferenzpapier offen.

### Grüne Hightech-Maschinen

Ein Weg, den Spagat zwischen Wohlstand und Nachhaltigkeit hinzubekommen, ist das derzeit populäre Konzept des „grünen Wachstums“. Die Idee, mithilfe grüner Technologien die Klimawende zu schaffen, ohne den kapitalistischen Kreislauf unterbrechen zu müssen, hat in den letzten Jahren für Aufbruchstimmung in Vorstandsetagen wie an Kabinetttischen gesorgt.

Die Tatsache, dass die EU, zusätzlich zu dem Agrargipfel in Irland, zeitgleich eine weitere internationale Konferenz – Thema „Übergang in die grüne Ökonomie“ – in Bratislava organisiert, legt nahe, wie sehr sich das Konzept in Brüssel bereits etabliert hat.

Auch in der Industrie gehört das Schlagwort längst zum offiziellen Vokabular. Der Deutsche Bauernverband (DBV) etwa, die größte Interessenvertretung der Branche,

Fortsetzung von Seite 1

erklärte schon vor Jahren, dass er im Greening die „richtige Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit“ sehe. Und der Handelsriese BayWa ruft in seinem Jahresprospekt für Saatgut Erzeuger dazu auf, auf nachhaltige Anbaumethoden umzustellen und „grünes Wachstum zu säen“.

### Paradoxien des grünen Wandels

Doch der Optimismus über die grüne Revolution wird nicht überall geteilt. Immer mehr Experten zweifeln an den Verheißungen der grünen Ökonomie, die Wirtschaft auf echte Nachhaltigkeit umkrepeln zu können.

In ihrem Buch „Kritik der grünen Ökonomie“ zerlegen die Autoren die vollmundigen Versprechungen der Greening-Propheten und behaupten: Solange es nur um ein Mehr an Wachstum und ein Mehr an Konsum gehe, verkommt die scheinbare Alternative zum grünen Etikettenschwindel. So könne etwa das Fahren mit Ökotreibstoff die Umwelt genauso schädigen wie das Tanken mit Benzin. Einerseits, wenn dadurch mehr gefahren werde – man fährt ja „grün“; andererseits, wenn die steigende Nachfrage nach Ökosprit dazu führe, dass auch die Herstellung von Agrotreibstoffen die Natur belasten, etwa weil sie Ackerflächen verknappen oder die Böden zerstören.

### Effizienz kein Allheilmittel

Das Hauptargument der grünen Wachstumsfreunde lautet Effizienz: Mit modernen Produktionsmethoden und Hightech-Maschinen ließe sich nicht nur der Ertrag pro Einheit steigern, sondern auch ressourcenschonender produzieren. Dieselbe Fläche Land könne also bei höherer Produktivität mehr Mengen erzeugen und zugleich weniger Rohstoffe verbrauchen. Der Saatgut-Riese Monsanto etwa meint, dass sich mithilfe modernster Methoden wie Gentechnik und

computergestütztem Precision Farming „aus jedem Hektar Ackerland, jedem Wassertropfen und jeder Energieeinheit mehr erwirtschaften“ ließe.

Kritiker wenden ein, dass mehr Effizienz nicht automatisch umweltverträglicher ist, vor allem dann nicht, wenn niedrigere Preise die Folge sind – und damit die Nachfrage steigt. Reinhild Benning und Tilman Santarius warnen in ihrem Beitrag zum „Kritischen Agrarbericht 2016“ davor, dass die grüne Wachstumsphilosophie anstatt Lösungen zu bieten die Probleme sogar verstärken könnte.

### Nachfrage muss berücksichtigt werden

Natürlich sei es gut, wenn die Landwirtschaft effizienter arbeitet und weniger Ressourcen pro Hektar verschlingt, so die Autoren. Aber wenn die Effizienz letztlich dazu führt, dass durch Kostensenkung die Preise für das Endprodukt fallen und damit die absolute Nachfrage in die Höhe schießt, sei nichts gewonnen, außer vielleicht eine höherer Ertrag für die Betriebe. „Schließlich strebt die neue Mittelklasse in China, Indien, Brasilien und anderswo nicht deswegen nach eiweißreicher Kost, weil sie so teuer zu haben ist, sondern weil sie [...] vergleichsweise günstig zu haben ist“, argumentieren die Wissenschaftler.

Nur wenn sich unsere Ess- und Konsumgewohnheiten ändern und die Produktion davon absieht, zwar ökologisch sauberer, aber quantitativ mehr herzustellen, könne eine wirkliche agrarpolitische Wende gelingen. Ansonsten sei das Konzept nichts als „Schönfärberei“.

## INTERVIEW

# Kann Freihandel die Folgen des Klimawandels abfedern?

Schlechtere Ernten, Hunger, teurere Lebensmittel: Weltweit bedroht der Klimawandel die landwirtschaftliche Produktion. Doch freier Handel könnte die Verluste begrenzen, meint der Forscher Hermann Lotze-Campen im Interview mit EurActiv.de.

*Hermann Lotze-Campen ist Leiter des Forschungsbereichs Klimawirkung und Vulnerabilität am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) und Mitautor einer neuen PIK-Studie zum Einfluss des Klimawandels auf die ökonomischen Verluste in der Landwirtschaft.*

**Ein Drittel der Weltbevölkerung konnte bislang mit der landwirtschaftlichen Produktion ihren Lebensunterhalt sichern. In Zukunft dürfte das jedoch schwieriger werden. Eine neue Studie des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung zeigt: Schon ein kleiner Anstieg der globalen Mitteltemperatur kann Konsequenzen für regionale Ernten haben. Lässt sich das beziffern?**

Wir haben zwei globale Computersimulations-Modelle miteinander verknüpft. Eines bestimmt die Veränderung der Ernteerträge durch Klimaveränderungen – also Temperaturveränderungen, Rückgang und Zunahme der Niederschläge etc. Das andere ist ein agrarökonomisches Modell, das die Veränderung der Ernteerträge aufnimmt. Damit haben wir dann zu berechnen versucht, wie

Fortsetzung auf Seite 3

Fortsetzung von Seite 2

sich die Agrarpreise verändern werden – und wie hoch der ökonomische Schaden für Produzenten und Konsumenten sein könnte.

Sicher ist: Allein durch die Veränderung der Ernteerträge infolge von Klimaveränderungen entstehen gegen Ende des Jahrhunderts ökonomische Schäden, die bei etwa 0.8 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung liegen dürften. Dies entspricht ca. 2.5 Billionen US-Dollar. Wenn also – Szenario eins – der Handel nicht weiter liberalisiert wird, also auf dem Niveau von heute bleibt, ist mit großen Einbußen zu rechnen.

Wenn wir – Szenario zwei – als Anpassungsmaßnahme den Agrarhandel weiter liberalisieren und ein Teil der Produktion leichter in andere Regionen verschoben werden könnte, könnte der Gesamtschaden um mehr als die Hälfte auf etwa 0.3 Prozent der Wirtschaftsleistung reduziert werden. Die Produktion könnte dann nämlich eher dort stattfinden, wo die klimatischen Veränderungen weniger stark sind oder wo sich neue Optionen ergeben.

#### **Was ist genau gemeint, wenn Sie von Freihandel sprechen?**

Nun, komplett freien Handel gibt es natürlich nicht. Es geht darum, die existierenden Handelsbarrieren im Agrarsektor wie Zölle und andere Maßnahmen sukzessive abzubauen, um den Agrarhandel zu erleichtern. Es wird ja bereits seit langem diskutiert, gerade auch in der Welthandelsorganisation, welche Möglichkeiten es gibt, existierende Handelsbarrieren in Zukunft schneller abzubauen.

#### **Welche positiven Effekte gäbe es denn nach Ihrer Untersuchung konkret?**

Wir können davon ausgehen, dass die gemäßigten Breiten vergleichsweise weniger vom Klimawandel betroffen



*Die Landwirtschaft wird im Klimawandel leiden. Doch Freihandel könnte ökonomische Verluste ausgleichen.  
Foto: Patryk Kosmider / Shutterstock*

sein werden, teilweise kommen dadurch sogar positive Effekte zustande, z.B. durch höhere Temperaturen in Skandinavien oder Kanada. Ärmere Länder aber, etwa in den Tropen und Subtropen, wären härter getroffen. Würde sich der Handel mehr öffnen und diversifizieren, könnten diese Länder leichter in den Jahren importieren, wenn dort die Ernten schlecht ausfallen. In einem offeneren Handelssystem würde tendenziell das Preisniveau für Nahrungsmittel sinken. Davon würde vor allem die ärmere Bevölkerung in den von schlechten Ernten betroffenen Ländern profitieren.

Das ist allerdings eine Vereinfachung. Man muss natürlich berücksichtigen, dass auf der anderen Seite auch etwas exportiert werden müsste. Das allerdings berücksichtigen wir in unserem spezifischen Agrar-Sektor-Modell bis jetzt noch nicht.

#### **Führt freier Handel nicht dazu, dass durch die EU-Exporte die bestehende Agrarproduktion in Entwicklungsländern verdrängt wird oder zukünftige Produktionsmöglichkeiten gar nicht erst entstehen?**

Agrarhandel und dessen politische Aspekte sind fraglos ein komplexes Problem. Zu einem offenen Agrarhandel

gehört auch, dass die reichen Länder wie Deutschland aufhören, ihre Produkte etwa durch Einfuhrbeschränkungen zu schützen oder subventioniert auf dem Weltmarkt verkaufen. Momentan schotten sich die reicheren Länder meist noch ab und schützen zum Beispiel die einheimische Produktion von Zucker, Rindfleisch und Baumwolle. Diese Produkte können auch in vielen tropischen Ländern unter fairen Rahmenbedingungen wettbewerbsfähig produziert werden.

Unser Modell geht jedoch von einer Öffnung der Märkte in beide Richtungen aus. Freihandel kann keine Einbahnstraße sein. Zudem müsste die Öffnung der Märkte unbedingt auch mit einer besseren Ausbildung, sozialen Sicherungssystemen sowie der Verbesserung von lokalen Technologien und Technologie-Transfer-Maßnahmen in ärmere Länder einhergehen.

#### **Im Jahr 2050 wird es neun Milliarden Menschen auf der Welt geben, lautet oft das Argument der Politik für die industrielle Landwirtschaft. Dabei konstatierten bereits 2008 im Weltagrarbericht 400 Wissenschaftler im Auftrag von Weltbank und UN: Für neun Milliarden Menschen wird längst genug produziert, die Hungernden**

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

### **sind aber zu arm, um sie zu kaufen. Warum wäre freier Handel trotzdem wichtig?**

Wir versuchen mit dem Mythos aufzuräumen, dass jedes Land die gesamten Nahrungsmittel für den eigenen Bedarf im Inland produzieren kann oder sollte. Es kann in jedem Land, auch in Deutschland, zu Ernteausfällen kommen, darum sagen wir: Es kann nicht das Ziel sein – gerade bei zunehmend unsicheren Produktionsbedingungen durch den Klimawandel – dass sich jedes Land allein versorgen will. Man muss flexibel reagieren können.

Nordamerika, Europa und Teile von Asien werden vergleichsweise glimpflich davonkommen, wohingegen vom Klimawandel jene Länder stärker betroffen sein werden, die bislang viel weniger zu den Klimaveränderungen beigetragen haben, etwa Südasien, Nordafrika und zum Teil auch Lateinamerika. Es wäre also eine Frage der Gerechtigkeit, hier Möglichkeiten

zum Ausgleich zu schaffen.

### **Welche Rolle muss Ressourcenschutz bei all dem spielen?**

Natürlich werden Agrarflächen weiter ausgedehnt werden, wenn nicht gegengesteuert wird. Wenn es flexiblere Handelssysteme gibt, kann Produktion dahin verlagert werden, wo die Bedingungen besser sind. Das kann dazu führen, dass Ressourcen effizienter genutzt werden, aber auch dazu, dass bislang wenig genutzte Flächen intensiver bewirtschaftet oder auch ausgedehnt werden. Beim Landnutzungs-Management – vor allem zur Vermeidung der tropischen Entwaldung – müssen also in jedem Fall flankierende politische Maßnahmen ergriffen werden, unabhängig vom Handel.

Der Handel ist nicht allein entscheidend. Und natürlich müssen auch andere Maßnahmen ergriffen werden, um potentielle negative

Effekte des internationalen Handels zu vermeiden. Politisch muss das durch gute Rahmenbedingungen etwa beim Wasser-, Natur- und Bodenschutz begleitet werden.

### **Stichwort Bodenqualität: Passiert diesbezüglich politisch genug?**

Verlässliche Landnutzungsrechte und Bodenschutz sind noch unterbelichtete Themen, aber sie werden künftig eine große Rolle spielen müssen. Politische Regulierung wird immer wichtiger werden, um sicherzustellen, dass Agrarflächen und Waldflächen schonend bewirtschaftet werden. In Europa wird seit Jahren über eine Bodenschutzdirektive auf europäischer Ebene diskutiert. In unserer Analyse ging es eher um die Frage: Entscheiden wir uns für einen hohen oder niedrigen nationalen Selbstversorgungsgrad und für mehr Flexibilität bei der globalen Versorgung mit Nahrungsmitteln?

## **Deutschlands Landwirtschaft: kurzfristige Krisenbewältigung oder langfristige Strategie?**

Milchkrise, Getreidekrise, Weinkrise – die Landwirtschaft in Deutschland geht durch schwere Zeiten und deutsche Landwirtschaftsminister haben es von jeher nicht leicht. Vor allem, wenn es um einen notwendigen Strukturwandel in der Agrarindustrie geht.

Das neue Haushaltsgesetz der Bundesregierung sieht ab 2017 eine



*Laut Experten braucht Deutschland einen Strukturwandel seiner Agrarindustrie. Doch wer wagt den ersten Schritt? Foto: Bjoern Wylezich*

Aufstockung für das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) um 300 Millionen Euro, auf insgesamt 5,9 Milliarden Euro vor. Doch reicht dieses höhere Budget, um die deutsche Agrarwirtschaft aus der Krise zu führen?

### **Erhöhte Mittel zur Krisenbewältigung**

Dies für die Agrarnutzung zur Verfügung stehenden Ressourcen sind begrenzt. Ein Wachstum der Agrarwirtschaft scheint nur im bisherigen Kurs der nationalen Industriekonzentration und globalen Exploration ausländischer Bauern und Bodenflächen geplant zu sein. Und das, mit dramatischen Folgen für die Umwelt

Fortsetzung auf Seite 5

Fortsetzung von Seite 4

und die sozialen Strukturen in der Landwirtschaft weltweit. Das bekommt auch Deutschland deutlich zu spüren.

Eine Antwort auf diese globale Herausforderung versucht Christian Schmidt, Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft in seiner jüngsten Rede vor dem Bundestag zum Haushaltsgesetz 2017 durch ein geplantes Maßnahmenpaket zu geben.

„Weitere Entlastungen im steuerlichen Bereich“ verspricht Schmidt den deutschen Landwirten. Der Zuschuss in Höhe von 178 Millionen Euro bei der landwirtschaftlichen Unfallversicherung wird bestehen bleiben. Aus einem EU-Hilfspaket stehen den deutschen Milchbauern „150 Millionen Euro ab Oktober für Maßnahmen zur Mengenregulierung“ bereit. Mehr noch: Weitere „gut 58 Millionen Euro“ stellt die Europäische Union für ein nationales Hilfspaket zur Verfügung. Den Umfang des Hilfspaketes will Schmidt „mit nationalen Mitteln auf 117 Millionen Euro verdoppeln“ und eine Mengendisziplin für die Milchproduktion verbindlich festschreiben. Denn in Hinblick auf die Probleme in der deutschen Landwirtschaft, sei Schmidt nämlich „... nicht bereit, den Status quo fortzuschreiben.“

Ein Statement, dass viele deutsche Landwirte und Experten in Zeiten, in denen Landwirtschaft nicht nur ökonomisch, sondern auch ökologisch tragfähig sein muss, nach Realisierbarkeit und Möglichkeiten der Umsetzung fragen lässt.

### **Politikwandel statt „Symbolpolitik“**

„Die meisten Regionen Deutschlands wären in der pflanzlichen Produktion auch ohne finanzielle Unterstützung wettbewerbsfähig“, stellt Prof. Dr. Folkhard Isermeyer vom Johann Heinrich von Thünen Institut in seinem Thünen Working Paper 30 fest. Lediglich „in der Nutztierhaltung bestünden größere

Risiken für die Wettbewerbsfähigkeit“. Eine der herausragenden Anforderungen an die deutsche Landwirtschaft sei laut Isermeyer stattdessen, landwirtschaftliche Produktionsmethoden und -strukturen möglichst gut in Einklang mit den gesellschaftlichen Anforderungen zu bringen. Und das, sei eine Aufgabe der Politik. Doch die tappe bei der Einschätzung der gesellschaftlichen Erwartungen ziemlich im Dunkeln. Laut Einschätzung unterschiedlicher Expertengremien stünden Nutztierhaltung und Umweltschutz ganz oben auf der gesellschaftlichen Agenda, genauso wie Flächenversiegelung, Bodendegradation, Phosphorverbrauch, ländliche Entwicklung, soziale Strukturen und einiges mehr.

Um diesen Anforderungen zu begegnen, sieht Isermeyer in den Fördermaßnahmen der 2. Säule der EU-Agrarpolitik ein probates, wenn auch nicht ausreichendes Mittel. Demnach bleiben Maßnahmen zur „Förderung von Einzelbetrieben“ wie sie Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt vorgestellt hat, zu sehr hinter einer „Erreichung gesellschaftlicher Ziele“ zurück. Eine erhöhte „Greening-Dosis“ mit verbundener betriebsgrößenbezogenen Staffelung von Direktzahlungen erfordere verstärkte Politikmaßnahmen, die den anderen gesellschaftlichen Anforderungen an den Agrarbereich besser gerecht werden und weit über „Symbolpolitik“ hinausgehen müssen.

### **Deutsche Agrarminister in Zeiten von Überproduktion, Glyphosat und CETA**

Auch die Agrarminister der Länder haben sich auf ihrer Herbst-Agrarministerkonferenz in Rostock-Warnemünde (09.09.16) mit einer Antwort auf die gesellschaftlichen Herausforderungen an die deutsche Landwirtschaft versucht. Und so reichen ihre Beschlüsse zur „Milch und GAP nach 2020“ laut des umfangreichen Ergebnisprotokolls von Freihandelsabkommen über Bürokratie-

abbau bis zum Verbraucherschutz.

Wichtig sei zum jetzigen Zeitpunkt, dass „die Gemeinsame Europäische Agrarpolitik langfristig auf krisensichere Beine“ gestellt wird. Im Bereich der Marktordnung müssen Instrumente eingebaut werden, um Marktkrisen künftig besser zu meistern und einen Sinkflug der Preise deutscher Agrarerzeugnisse zu verhindern.

Um traditionelle Absatzmärkte für europäische Milchprodukte wieder zu erschließen, appellierten die Minister der Länder an die Bundesregierung, sich für eine Aufhebung des russischen Embargos von Lebensmitteln aus der EU einzusetzen.

Auch wenn die Länderminister Maßnahmen des Bundes, wie zum Beispiel die geplante Koordinierung einer nationalen Strategie gegen Lebensmittelverschwendung begrüßten – von einer einheitlichen Stellung zu den wichtigen Tagesordnungspunkten zeugen die einzelnen Länderprotokolle nicht. Und auch die Reaktionen der Länderminister auf den Verbraucherschutz oder den Bericht des BMEL zur Umsetzung der internationalen Nachhaltigkeitsziele im Agrar- und Ernährungsbereich lassen keinen Einklang zwischen Länder- und Bundespolitik vermuten. Die Minister wiesen in der Konferenz auf ihre Stellungnahmen hin und baten den Bund „noch einmal nachdrücklich“, diese bei der für November 2016 geplanten Verabschiedung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie zu berücksichtigen bzw. zu begründen, warum diese nicht berücksichtigt wurden.

Bleibt die deutsche Agrarpolitik der Gesellschaft also eine Realpolitik mit einer gemeinsamen, kohärenten Strategie für die „offenen Baustellen“ der deutschen Landwirtschaft schuldig? Die „bestehenden Mehrebenen-Verflechtung, die Gesetzmäßigkeiten des föderalen Politikbetriebes und die Interessenlage einiger wichtiger Akteure“ sprechen laut Isermeyer dafür.

# Industrielle Landwirtschaft: „Tretmühle“ ohne Ausweg?

Immer mehr bäuerliche Höfe in Deutschland werden über die Preise zerrieben, die von großen industriellen Betrieben weiter gedrückt werden. Doch es gibt Initiativen, die erfolgreich kleine Höfe fördern – und dabei auf Umwelt, Ressourcen und Chemiekalien-Verzicht setzen.

Für deutsche Landwirte ist die Zukunft längst nicht nur eine abstrakte politische Größe. Wachse oder weiche – dieses Fortschritts-Credo treibt immer mehr Höfe in den Ruin und zerstört zunehmend endliche Ressourcen wie Wasser und Boden.

„Die Welt hat sich geändert“, mahnt Stephanie Wild vom Netzwerk Solidarische Landwirtschaft (SOLAWI). „Landwirtschaft, die Ressourcen aufbraucht, sorgt zwar kurzzeitig für hohe Erträge, ist aber langfristig nicht tragbar.“ Seit Einführung der industriellen Landwirtschaft habe die Menschheit 40 Prozent des fruchtbaren Bodens verloren. Und auch unsere Art der Fleisch- und Milchproduktion sei höchst fragwürdig. „Wir schaffen dafür Futtermittel aus der ganzen Welt heran, lassen die Tiere in viel zu engen Ställen leiden und schaffen mit übermäßigem Antibiotikaeinsatz Resistenzen von Krankheitserregern“, so die SOLAWI-Koordinatorin.

Das Netzwerk SOLAWI will hier gegensteuern. Die Idee dazu, die Mitte der 70er Jahre in Japan begründet wurde und dort heute Millionen Menschen mit Bio-Obst und -Gemüse versorgt, ist im Grunde einfach: Eine Gruppe trägt einen Hof, die Verbaucher teilen sich also die Kosten, die beim Landwirt anfallen



– etwa für Saatgut, Löhne, Pacht, Versicherungen. Im Gegenzug haben sie Anspruch auf einen Anteil der Ernte und erhalten alle Produkte des Hofes frisch – und in den meisten Fällen in Bioqualität.

## „Die industrielle Landwirtschaft ist nicht geeignet, um die Menschheit zu ernähren“

Vorbild für die deutschen SOLAWI-Begründer war Frankreich, wo der Fokus laut Wild allerdings weniger auf Bio und mehr darauf liegt, die bäuerlichen Betriebe zu erhalten. Auf der Plattform von Urgenci tausche man sich auch unter den Projekten auf europäischer Ebene aus – und kann auf Erfolge wie in den USA hoffen: Dort ist das Konzept mittlerweile als „Community Supported Agriculture“ ein maßgeblicher Player, mit inzwischen etwa 6000 Höfen.

„Dass die industrielle Landwirtschaft weder im Moment die Welt ernährt, noch dass sie künftig das geeignete Instrument sei, ist alles im Weltagrarbericht der Vereinten Nationen von 2008 dokumentiert“, fasst Wild den Ansporn des 2011 in Deutschland gegründeten Netzwerkes zusammen, das in der Bundesrepublik inzwischen 110 Höfe zählt. Weitere 100 Initiativen sind in der Gründungsphase.

## Kleinbauern fördern

Im Jahr 2050 wird es neun Milliarden Menschen auf der Welt geben, die ausreichend ernährt werden müssten, lautet zumeist das Argument der Politik für eine industrialisierte Landwirtschaft. 400 internationale Wissenschaftler konstatierten allerdings in ihrem Weltagrarbericht 2008 und abermals 2011: Es wird bereits jetzt ausreichend Nahrung für diese neun Milliarden produziert, doch die Unterernährten können sie sich nicht leisten.

Die größte Chance, die Produktion zu steigern, sieht der Weltagrarbericht darin, Kleinbauern zu fördern. Immer größere Flächen mit immer mehr Technik und Chemie zu bebauen, sei eine „Tretmühle“, bei der immer mehr Bauern ihren Job verlören.

In Europa werden kleine Betriebe kaum noch unterstützt. Die Agrarsubventionen unterstützen jenen Bauern mit mehr Geld, der viel Land hat. In Deutschland gingen laut einem OECD-Bericht im Jahr 2013 gut 28 Prozent der EU-Gelder an nur 1,8 Prozent der Betriebe. Immer weniger Höfe bewirtschaften immer größere Flächen. Im Jahr 2013 wurden in der

Fortsetzung auf Seite 7

Fortsetzung von Seite 6

Bundesrepublik rund 94 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche von konventionellen, heißt zunehmend: industrialisierten Betrieben bewirtschaftet.

### „Tretmühle“, bei der immer mehr Bauern ihren Job verlieren

Steht der klassische Bauernhof, der eine große Bandbreite an Lebensmitteln auf kleiner Fläche produziert, also vor dem Aus?

„Provokant würde ich sagen: Er ist das einzige Zukunftsmodell“, sagt SOLAWI-Expertin Stephanie Wild. Letztlich hänge aber alles davon ab, unter welchem wirtschaftlichen Druck die Bauern stehen. Die Politik sollte die Kosten auf jene Produktionsweise übertragen, die langfristig auch die Kosten verursacht – etwa durch den Verlust der biologischen Vielfalt, das

Aussterben von Dörfern und Höfen, die Verarmung von Böden und die Nitratbelastung des Grundwassers. Die konventionelle Landwirtschaft dürfte somit nicht mehr gefördert werden, sondern sollte zum Beispiel Steuern auf Pestizidnutzung erheben.

Absehbar ist das in Deutschland jedoch nicht. Besonders jene Bauern, die biologisch anbauen wollen, haben einen schweren Stand. Ökosaatgut ist viel kostspieliger als konventionelles, der Arbeitsaufwand etwa in der Unkrautbekämpfung größer, die Arbeit mit Fruchtfolgen führt dazu, dass der Acker nicht jedes Jahr der Produktion zur Verfügung steht.

Dennoch wachsen in Deutschland mehr und mehr Projekte, die kleinere, auf Bodenfruchtbarkeit und Artenvielfalt achtende Landwirtschaft unterstützen. Die Aktiengesellschaft Regionalwert AG in Freiburg etwa hat mit sogenannten Bürgeraktien in fünf Jahren drei

Millionen Euro eingenommen und damit siebzehn Öko-Betriebe im Raum Freiburg und Schwarzwald gegründet und finanziert. In Brandenburg, wo es im Jahr 2014 100 landwirtschaftliche Betriebe weniger gab als 2013, schafft die Genossenschaft „Ökonauten eG“ mit genossenschaftlichem Landerwerb die Grundlage für junge Bauern, die sich in der Brandenburger Landwirtschaft eine Existenz aufbauen wollen.

Auch die Frage, wie kleinere Höfe geringere Mengen regionaler Produkte verkaufen können, sei eine Frage, der sich Stephanie Wild zufolge die Politik widmen muss. „Die Vermarktung ist aufwendig und teuer“, sagt sie. Hier könnte etwa in Kantinen, Schulen vorgeschrieben werden, dass ein bestimmter Anteil der Essens aus regionalem Anbau stammt.

*@sagener folgen*

## CETA: Zerstörung bäuerlicher Märkte?

Trotz anhaltender Bürgerproteste will die EU das Handelsabkommen CETA mit Kanada in fünf Wochen beschließen. In der deutschen Agrarindustrie sind die Meinungen zum Abkommen geteilt: Während größere Betriebe mit Vorteilen rechnen, fürchten vor allem kleinere Höfe die atlantische Konkurrenz.

Am 17. Oktober wollen die Regierungen der EU und Kanadas über CETA abstimmen. Abgesehen von wenigen Änderungswünschen und Rest-Widerständeneinzelnstaaten ist davon auszugehen, dass CETA beschlossen wird. Der von Zivilgesellschaft und Oppositionsparteien getragene Protest, der die Verhandlungen seit Monaten



*Ceta wird den Druck auf deutsche Landwirte erhöhen, manche befürchten den Kollaps kleinerer Betriebe.  
Foto: Matthias Ripp/Flickr*

begleitet, wäre damit gescheitert.

Auch wenn sich deutsche Bauern am Protest gegen CETA beteiligt haben, ist die Meinung in der Branche insgesamt geteilt. Der Deutsche Bauernverband (DBV) etwa, der 90 Prozent der deutschen Landwirte vertritt, weist auf die Bedeutung des kanadischen

Marktes für deutsche Exportbetriebe hin. Der Verband sehe zwar den höheren Wettbewerbsdruck durch CETA, sehe aber auch die Chancen einer Marktöffnung und „möchte diese auch genutzt wissen“.

Fortsetzung auf Seite 8

Fortsetzung von Seite 7

## Sensible Produkte, hohe Zollquoten

Als umstrittene Themen gelten im Agrarbereich vor allem der Milch- und Fleischmarkt. Im Gegensatz zu den meisten anderen Waren, die zollfrei über den Atlantik gehandelt werden, erheben die EU und Kanada im Bereich Fleisch und Milch überdurchschnittlich hohe Zölle.

Für europäischen Käse verlangt Kanada im Schnitt 245 Prozent Zoll. Die EU erhebt im Gegenzug auf kanadisches Schweinefleisch einen Zoll von 37 Prozent, auf Rindfleisch sogar 407 Prozent. Der Zoll für die meisten anderen Waren bewegt sich im Schnitt zwischen 2 und 3 Prozent.

Die protektionistischen Maßnahmen bei diesen „sensiblen Produkten“ sollen zwar auch mit CETA beibehalten, aber sukzessive aufgeweicht werden: Die Zollquoten – Obergrenzen, bis zu denen die Waren zollfrei gehandelt werden können – für europäische Milch beziehungsweise kanadisches Fleisch sollen beträchtlich gesteigert werden: um 120 Prozent beziehungsweise um 1.500 Prozent.

Viele Bauern befürchten, hohe Zollquoten kämen vor allem großen Agrarkonzernen zugute, die sich auf dem liberalisierten Markt besser behaupten könnten als Kleinbetriebe. Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) erwartet, dass der Fleischsektor durch die kanadischen Importe „unter erheblichen Preisdruck geraten“. Während Fleischkonzerne auf größere Gewinne hoffen könnten, würden „bäuerliche Märkte zerstört“.

Auch der DBV, der CETA grundsätzlich begrüßt, rechnet mit „Verwerfungen auf den Fleischmärkten“. Heimische Produzenten würden unter zusätzlichem Wettbewerbsdruck stehen, „strukturelle Anpassungen“ und Produktionseinbrüche wären die Folge.

## Gentechnik durch die Hintertür?

Auch im Bereich der Gentechnik befürchten viele landwirtschaftliche Betriebe, dass gentechnisch veränderte Pflanzen sich mit Ceta durch die Hintertür den europäischen Markt erobern.

Grundsätzlich stehen sich beim Thema Gentechnik beide Vertragsparteien unversöhnlich gegenüber. In Kanada gilt das Prinzip: Wenn die Forschung keinen Schaden nachweisen kann, wird das Produkt zugelassen. In der EU hingegen hat sich das Vorsorgeprinzip durchgesetzt, wonach gentechnisch veränderte Pflanzen auch auf mögliche und derzeit noch nicht nachweisbare Risiken verboten werden können. CETA-Kritiker wie die AbL befürchten nun, dass insbesondere der Artikel 25 über die Kooperation in biotechnologischen Fragen zu einer schleichenden Einführung von Gen-Pflanzen führen könnte.

Tatsächlich sieht CETA vor, im Rahmen eines Dialogs über so genannte asynchrone Zulassungen zu verhandeln. Das sind Zulassungen für Genpflanzen, die zunächst nur in einem Land angebaut werden. Sollten die Pflanzen in einen anderen Staat exportieren werden, gilt das Zulassungsverfahren des betreffenden Staates. Gleichwohl, so die Befürchtung, könnte im Zuge der Marktangleichungen Druck auf die EU-Institutionen erhöht werden, ihren Verpflichtungen nachzukommen und ihre Märkte auch für gentechnisch veränderte Produkte zu öffnen.

Beispielsweise hat erst vor kurzem hat der kanadische Soja-Verband Soy Canada in einem Brief EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker dazu aufgefordert, „den EU-Verpflichtungen aus dem CETA-Vertrag“ nachzukommen. Die Kommission habe ihrerseits versprochen „so schnell wie möglich innerhalb des festgelegten Verfahrens im EU-Zulassungsrecht

eine Entscheidung zu treffen.“

Ob die EU ihre Zulassungsverfahren künftig verteidigen oder zugunsten ihrer Verpflichtungen aus dem CETA-Vertrag aufweichen wird, ist noch nicht absehbar. Die Konflikte, möglicherweise auch Klagen, über die Einführung neuer Genpflanzen in Europa geben wird, sind hingegen vorprogrammiert.

## Weitere Informationen zu Special Reports von EurActiv...

Kontaktieren Sie uns

**Natalie Sarkic-Todd**

natalie.sarkic-todd@euractiv.com  
tel. +32(0)2 788 36 63

**Ama Lorenz**

ama.lorenz@euractiv.de  
tel. +49 30 2087 5003